

An den
Regierenden Bürgermeister von Berlin
Michael Müller
-Senatskanzlei-
Jüdenstraße 1
10178 Berlin

Per Mail: Der-Regierende-
Buergermeister@senatskanzlei.berlin.de

Christine Vogler

Vorsitzende des
Landespflegerates Berlin-
Brandenburg
cvogler@wannseeschule.de

Hedwig François-Kettner

Vorsitzende des Aktionsbündnisses
Patientensicherheit
francois-kettner@aps-ev.de

Thomas Meißner

Präsidiumsmitglied
Deutscher Pflegerat
info@thomas-meissner.com

29.02.2016

Bitte um Gesprächstermin über die Situation der beruflich Pflegenden im Land Berlin

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister Müller,

Die Unterzeichner dieses Briefes möchten Sie herzlich um einen zeitnahen persönlichen Gesprächstermin bitten.

Nicht nur auf Bundesebene, sondern auch in den einzelnen Bundesländern, in Städten, Landkreisen und Kommunen ist das Thema der beruflich Pflegenden, aber auch der zu Pflegenden in den Mittelpunkt der Diskussion geraten. Selbstverständlich ist uns auch klar, dass im Augenblick die Debatten um die Bewältigung des Flüchtlingsproblems in den Ländern, Städten und Regionen eine deutlich große Rolle eingenommen hat und der Druck, dieses Problem zu lösen, verständlicherweise oberste Priorität hat. Dennoch erlauben wir uns an dieser Stelle, auf die massiven Probleme der beruflich Pflegenden, auch gerade in Berlin, hinzuweisen.

Die Unterzeichner sind seit vielen Jahren aktiv im praktischen und berufspolitischen Bereich auf Bundes- und Landesebene tätig, mit dem Ziel, Lösungsansätze für den drohenden Personalmangel zu finden und gleichzeitig die Attraktivität des Pflegeberufes wiederherzustellen. Wir sind zudem alle Berliner und haben somit ein hohes Interesse, die Situation der beruflich Pflegenden, gerade im Land Berlin, aktiv mitzugestalten.

Dazu gehört nach Ansicht der Unterzeichner nicht nur die Anhebung der Löhne, sondern vielmehr die deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen, bezogen auf den Personalschlüssel, die täglichen Belastungen und die Aufgabenverteilungen. Ein wichtiger und zentraler Bestandteil ist dabei auch die Umgestaltung der Pflegeausbildung in eine generalisierte Pflegeausbildung mit Schwerpunktsetzung.

Exemplarisch zeigt sich an dieser Diskussion, wie vielfältig die Lösungsansätze wahrgenommen werden und wie viele Berufsfremde zu wissen scheinen, wo diese für die Pflege liegen. Die Debatte über die generalistische Ausbildung zeigt, dass eine solche Diskussion nur mit einem Berufsstand, der in Deutschland die größte Berufsgruppe innerhalb des Gesundheitswesens darstellt, geführt werden kann.

Denn die eigene Selbstverwaltung, die Selbstbestimmung und die damit verbundene eigene Entwicklung des eigenen Berufsfeldes wird derzeit nicht nur kontrovers diskutiert, sondern sogar zu großen Teilen von vielen Berufsgruppen, die nicht der Pflege angehören, versperrt.

Wie aber wird es künftig gelingen, junge Menschen für einen schwierigen, aber aus unserer Sicht hochattraktiven Beruf zu motivieren, wenn gleichzeitig die Weiterentwicklungsmöglichkeiten des gesamten Berufsstandes und die Selbstentfaltung der Pflege in Frage gestellt werden? Wie soll es in der Zukunft möglich sein, aus dem Berufsbild der Pflege heraus Lösungswege zu entwickeln, um den steigenden Anforderungen von Gesellschaft, Sozialstaat, in erster Linie aber auch von Patientinnen und Patienten an eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung gerecht zu werden?

Pflege ist aus Sicht der Unterzeichner das zentrale Thema und die Herausforderung der Zukunft, und so sind wir fest davon überzeugt, dass wir hier vor dem Hintergrund der beschriebenen Fakten zu einem guten und einvernehmlichen Ergebnis kommen müssen, um zielorientierte und erfolgreiche Strategien entwickeln zu können.

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister Müller, natürlich haben wir dieses Thema in Ihrem Hause auch mit den entsprechenden Fachebenen ausführlich diskutiert, kommen aber zu der Entscheidung, dass es hier nicht nur um die Fachebene geht, sondern unsererseits auch eine politische Dimension zu erkennen ist.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns die Möglichkeiten geben, in einem persönlichen Gespräch über die Komplexität dieses Themas ins Gespräch zu kommen und Lösungsansätze, gerade für das Land Berlin, zu suchen und gemeinsam zu finden. Berlin steht nicht nur als Bundeshauptstadt im Fokus der politischen und berufspolitischen Diskussion. Berlin ist der größte Stadtstaat mit einer sehr heterogenen und beispielhaften Versorgungslandschaft innerhalb des Gesundheitssystems.

Pflege wird, gerade in Berlin, durch die Vielfältigkeit von der Kinderversorgung, Akutversorgung bis hin zur geriatrischen und Palliativversorgung eine Schlüsselrolle einnehmen, die von anderen Bundesländern intensiv wahrgenommen wird. Für uns als Mitgestalter eines neuen Pflegesystems innerhalb des Gesundheitswesens ist es dabei wichtig, neben der inhaltlichen Diskussion auch den politischen Diskurs mit den Verantwortlichen auf Spitzenebene zu führen.

Wir hoffen sehr, dass es gelingt, in einem persönlichen Gespräch mit Ihnen Positionen erkennbar zu machen und gegebenenfalls entsprechende Handlungsfelder für die Weiterentwicklung des Pflegeberufes zu entwickeln. Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

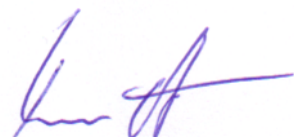
In diesem Sinne verbleiben wir mit freundlichen Grüßen



Christine Vogler
Vorsitzende des
Landespflegerates Berlin-
Brandenburg



Hedwig François-Kettner
Vorsitzende des
Aktionsbündnisses
Patientensicherheit



Thomas Meißner
Präsidiumsmitglied
Deutscher Pflegerat